

# 119. Landesparteitag, 26. November 2023

## Antragsteller:

LFA 1 Hamburg  
Claus Krumrei

**Drs.: A2302/21**

Ja  
Nein  
Enthaltungen

Angenommen  
Ja  
Nein  
Überwiesen

## Leitlinien deutscher Außen- und Sicherheitspolitik

Der Landesparteitag möge beschließen:

- I. Heute erleben wir nicht nur einen Krieg in Europa, sondern auch eine weltpolitische Zeitenwende. Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie die neuen globalen Herausforderungen für die Sicherheit Deutschlands, Europas und der NATO zur politischen Priorität macht.
- II. Dazu kann die beschlossene substantielle Ertüchtigung der Bundeswehr und der Verteidigungsfähigkeiten der NATO in Europa nur der erste Schritt sein. Die Bundesregierung sollte ein Konzept dazu vorlegen, wie sie zur Sicherung der gemeinsamen westlichen Interessen in der Weltpolitik beitragen kann.
- III. Dies setzt voraus, dass die Bundesregierung auch ihre Bereitschaft zeigt, außerhalb Europas sicherheitspolitisch aktiv zu werden, gemeinsam mit unseren europäischen und amerikanischen Partnern. Deutschland kann die Verteidigung seiner weitgespannten Ziele und Interessen nicht mehr allein anderen überlassen und muss Verantwortung für die weltpolitische Stabilität wahrnehmen und seinen Beitrag dazu leisten.

## Begründung:

1. Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik muss endlich von der Realität der Gegenwart ausgehen. Die Zeiten sind lange vorbei, in denen deutsche Außenpolitik hieß, die Folgen des 2. Weltkrieges zu bewältigen. Zahlreiche Konfliktherde und neue Aggressionen gefährden zunehmend die Voraussetzungen für die weltpolitische und damit auch die weltwirtschaftliche Stabilität und wirken unmittelbar auf Deutschland zurück.
2. Der bisherige Garant einer uns schützenden globalen Ordnung - die USA - sind heute mit aggressiven Rivalen (China und Russland) und einer Reihe ehrgeiziger regionaler

47 Mächte konfrontiert (Indien, Brasilien, Iran, Nordkorea, Pakistan). Dies hat zu einem Um-  
48 denken in den USA geführt: Erstmals müssen sie ihre führende globale Großmachtstel-  
49 lung verteidigen und setzen neue Prioritäten. Die USA sind in dieser neuen Welt allein zu  
50 schwach, die globale Ordnung zu garantieren, selbst als größte Militärmacht der Welt.  
51 Die unzureichende amerikanische Kraft ist in den 9/11-Kriegen (Irak und Afghanistan)  
52 sichtbar geworden. Inneramerikanische Selbstzweifel haben eingesetzt (Trump). Die rus-  
53 sische, chinesische, iranische und nordkoreanische Herausforderung der bisherigen  
54 Weltordnung ist die Folge. Alte amerikanische Alliierte (Türkei, Saudi-Arabien, evtl. Is-  
55 rael) machen sich zunehmend selbständig.  
56

57 3. Das hat umwälzende Folgen für unsere strategisch-politische Lage und unser notwendi-  
58 ges Verhalten in dieser Lage. Für uns reicht die Logik der NATO - der amerikanischen  
59 Sicherheitsgarantie - nicht mehr aus. Das gilt für unsere unmittelbare militärische Vertei-  
60 digung in Europa wie für unseren Einfluss auf die Stabilität anderer Regionen, die für un-  
61 sere europäische Sicherheit wie für die Stabilität unserer weltweit verflochtenen Wirt-  
62 schaft entscheidend sind. Dies betrifft außerhalb des NATO-Gebietes insbesondere un-  
63 sere Nachbarschaft, namentlich a) Osteuropa (Ukraine), b) den Nahen Osten und c)  
64 Nordafrika, allesamt Krisengebiete. Es betrifft aber auch den Fernen Osten (China, Ja-  
65 pan und Südasiens als neues, drittes Zentrum der Weltwirtschaft aber mit virulenten, von  
66 China ausgehenden internen Spannungen) - und schließlich die See- und Luftwege dort-  
67 hin. In all diesen Gebieten sind die USA engagiert, aber als alleiniger Stabilitätsgarant  
68 überfordert. Hinzukommt neuerdings Afrika südlich der Sahara, wichtiger Rohstoffliefe-  
69 rant aber auch Ausgangspunkt massiver Migrationsströme mit erheblichen inneren, von  
70 den antiwestlichen Kräften (Iran, Russland, China) ausgelösten Spannungen.  
71

72 4. Die weltpolitische Lage zeigt also ein äußerst prekäres Bild. Der neben den geschwäch-  
73 ten USA verbliebene Garant weltpolitischer Stabilität ist ausschließlich das gemeinsame  
74 Interesse von USA, China und Europa an der Aufrechterhaltung einer funktionierenden  
75 globalen Wirtschaft. China schafft sich jedoch zunehmend Alternativen zu diesem welt-  
76 wirtschaftlichen Dreieck mit dem Westen. Indien, Brasilien, Russland, Südamerika, Zent-  
77 ralasiens und die arabischen Länder wachsen zunehmend in eine stärkere wirtschaftliche  
78 Rolle hinein, sie wenden sich einander zu und schwächen die Bindungen zum Westen  
79 ab. Der Westen - USA/Kanada und Europa mit ihren Außenposten Japan/Singapur sowie  
80 Australien/Neuseeland - droht, nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich den füh-  
81 renden weltpolitischen Einfluss zu verlieren. Diese Entwicklung schwächt nicht nur in der  
82 Perspektive unseren Wohlstand und unsere Sicherheit, es ermuntert auch einzelne ag-  
83 gressive Mächte, westliche Interessen regional direkt anzugreifen wie inzwischen Russ-  
84 land in der Ukraine.  
85

86 5. Die Konsequenz ist unmittelbar deutlich: die USA brauchen Verstärkung und der Westen  
87 insgesamt ein gemeinsames politisch-militärisch-wirtschaftliches Konzept zur Eindäm-  
88 mung dieser weltpolitisch destabilisierenden Kräfte. Deutschland wie die europäischen  
89 Partner müssen ihre militärischen Kräfte stärken und zusammenführen sowie ihre welt-  
90 wirtschaftlichen Interessen zusammen mit den USA vertreten. Nötig ist ein weltweites po-  
91 litisches Bündnis der Demokratien zur Verteidigung, zur Stärkung des Handels und der  
92 Sicherung der Demokratie. Ziel ist nicht nur die Abschreckung von Aggression und De-  
93 stabilisierung, sondern auch die Stärkung der Handlungsfähigkeit des Westens weltweit  
94 und schließlich die Schaffung neuer Attraktivität des Westens für weltweite Partner.  
95

- 96 6. Deutschland insbesondere als größte europäische Macht muss dafür seine bisherigen  
97 politischen Sichtunterschiede zu seinen europäischen und amerikanischen Partnern auf-  
98 geben zugunsten einer gemeinsamen politischen und Sicherheitsvision für die Rolle des  
99 Westens in der Welt. Berlin muss bereit werden, politisch und militärisch nötigenfalls  
100 auch allein voranzugehen in einer führenden Rolle zur Stabilisierung von Krisen und Ag-  
101 gressionen in Europa und in unserer Nachbarschaft, bei der Unterstützung der USA in  
102 der Sicherung der globalen See- und Luftwege und als Partner unserer überseeischen  
103 Verbündeten. Deutschlands Rolle als Führungsmacht erfordert eine dem angemessene  
104 militärische Kraft.  
105
- 106 7. Die Welt, auf die sich die Gegenwart mit großen Schritten zubewegt, wird eine völlig an-  
107 dere sein als die der vergangenen 80 Jahre in Europa. Es wird eine Welt der Großmacht-  
108 politik sein. Wir müssen uns darauf einstellen, dass jetzt nur noch ein stabiles Gleichge-  
109 wichtssystem unsere Existenz absichern kann. Gleichgewichtssysteme beruhen auf wirt-  
110 schaftlich-militärischen Balancen und betreiben gegenseitigen Interessenausgleich. Es  
111 muss uns Europäern klar sein, dass Russland, China und die USA dieses System bereits  
112 heute als die internationale Realität sehen. Weitere mächtige Länder - Iran, die Türkei,  
113 Syrien und Israel, Indien, Nord-Korea, Pakistan - sehen die Welt ebenso und suchen be-  
114 reits, ihren Einfluss mit Machtmitteln zu verstärken. Die Welt der Großmächte steht also  
115 auch vor unserer Tür, außerhalb der EU gibt es darüber längst keinen Zweifel mehr. Wir  
116 Deutschen und Europäer haben keine Zeit zu verlieren und müssen uns dringend darauf  
117 vorbereiten, in dieser Welt zu überleben.  
118
- 119 8. Diesen grundlegenden Wandel können nur die politischen Kräfte und Parteien unserer  
120 Demokratie herbeiführen - wer sonst? Hier zuerst muss das Umdenken, die Wiederher-  
121 stellung geistiger Selbständigkeit und eigener außenpolitischer Verantwortung stattfin-  
122 den. Es ist unsere Pflicht als FDP, dieser Wirklichkeit ins Auge zu sehen, die Aufgaben  
123 der Gegenwart zu benennen - und sie in der Regierungsverantwortung auch anzu-  
124 packen. Unsere Tradition als die Partei Walter Scheels und Hans-Dietrich Genscher, prä-  
125 genden Figuren der deutschen Außenpolitik, verpflichtet uns, dies nicht anderen zu über-  
126 lassen!